

Sattler-Zeitung

Nr. 1.

Berlin, den 11. Januar 1902.

16. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pf. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Nr. Nr. 6895).
80 Pf. bei Auslieferung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Hassenbach, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.
Gesetzes-Pummar: Amt VII, 788.

Inserate die 8 gespaltene Nonpareille-
Zelle 20 Pf.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Jahresbericht.

Jahresübersicht des Verbandes. — Eine Einigungs-Konferenz. — Die Krankenversicherung der selbständigen Haushaltsgewerbetreibenden in Berlin. — Die christlichen Gewerkschaften. — Der Süd-Gau des Tapizerer-Verbandes. — Streik und Lohnbewegungen. — Aus dem Auslande. — Vereinheitl. — Die Berliner Gewerkschaftskommission. — Eingeräumt. — Gewerkschaftliches. — Innungswesen. — Rechtsprechung. — Sozialpolitik. — Vermitteltes. — Alterei. — Humoristisches. — Bücherschau. — Fragestunden. — Briefkasten. — Anzeigen.

Jahresüberblick des Verbandes.

Jänner.

Einem allseitig geduserten Wunsche der auf Militärarbeit beschäftigten Kollegen nachkommend, berief die Verbandsleitung auf den 10. Februar eine Konferenz der Militäressellensattler nach Offenbach a. M. ein. Diese Konferenz sollte den Zweck haben, Mittel und Wege zu suchen, um dem in Berlin angenommenen Tarif auch an anderen Orten Gültigkeit zu verschaffen, ferner sollte sie den Ort bestimmen, wo die General-Kommission der Militäressellensattler ihren Sitz haben soll. — Die Berliner Täucher treten in energetischer Weise für die Durchführung der von ihnen gestellten Forderungen ein.

Februar.

In der "Sattler-Zeitung" werden die von den Fabrikanten auf unsere Einladung zur Teilnahme an der Offenbacher Konferenz eingehandelt verbindlichen, aber nicht tragenden Antworten veröff. nicht. Die Konferenz tritt in Offenbach zusammen unter Teilnahme von zwei Mitgliedern der Verbandsleitung und Delegierten aus zwölf Städten, in denen Militärarbeit angelebt wird. Die Tarifkommission wird nach Berlin gelegt. — Die in der Treibstoffenfabrik von Schwarz u. Comp., Berlin, beschäftigten Kollegen legen die Arbeit nieder. In der Berliner Militäressellensattlerindustrie kommt es zu Differenzen wegen der sogenannten „grauen Arbeit“, die durch Vergleich vor dem Gewerbege richt erledigt wurden. — Die Lohnbewegung der Berliner Täucher wird ebenfalls durch Vergleich vor dem Gewerbege richt beendet. Die Tarif-Kommission konstituiert sich.

März.

Die Elberfelder Militäressellensattler treten in eine Bewegung ein, um den Berliner Tarif auch in Elberfeld einzuführen. Die Kollegen in Halle sowie die Berliner Geschirrfässer versuchen ebenfalls, Verbesserungen ihrer Lage herbeizuführen. Der Zentral-Arbeitsnachweis tritt zum ersten Male in Tätigkeit. Bei der Firma Gustav Reinhard, Berlin, treten die dort beschäftigten Geschirr- und Sattelmacher in den Streik. Der Streik bei Schwarz u. Comp., Berlin, wird nach dreiwöchentlicher Dauer für beendet erklärt, da es dem Fabrikanten gelungen ist, genügend Erhöhungen heranzuziehen.

April.

Die Verbandsleitung regt eine Hinausschiebung der von der letzten Generalversammlung geschlossenen Urabstimmung über Einführung der Arbeitslosenunterstützung an. In Berlin kommt es in den Werkstätten von W. u. W. Schulze, Mälzer, Robert, Fiedler, Warmb, Rotschild und Kuselmann zur Arbeitsniederlegung, während in den übrigen Geschirrwerkstätten, auch bei Reinhard, die gestellten Forderungen bewilligt werden. Der große Militäressellensattlerstreik in Elberfeld-Barmen bricht aus. Für Berlin wird eine Zentralisation der dort bestehenden Verwaltungsstellen des Verbandes angeregt.

Mai.

In Berlin findet eine imposante Verammlung der Sattler am Vormittage des 1. Mai statt. Schuß Verwendung bei einer wissenschaftlichen Arbeit über die Lage der deutschen Sattler werden die Kollegen erachtet. Haushaltungsbudgets anzulegen. Bei den Firmen Clemens und Becker u. Comp., Elberfeld, wird, nachdem sämtliche Forderungen bewilligt wurden, die Arbeit

wieder aufgenommen. Bei den übrigen Firmen wird der Streik durch das Gewerbege richt beendet. In München kommt es in einzelnen Werkstätten zur Arbeitsniederlegung, während in anderen die gestellten Forderungen ohne Streik durchgelegt werden. Die Hallese Lohnbewegung kann infolge Abreise der beteiligten Kollegen als beendet betrachtet werden. Bei der Firma Lippold, Dresden, legen 70 Sattler und 2 Hilfsarbeiter wegen Maßregelung eines Kollegen die Arbeit nieder.

Juni.

Die Verbandsleitung regt eine Erhöhung der Beiträge an. Von München kommt der Vorschlag auf Eintheilung unseres Verbandes in Gau. An diejenigen Militäressellensattlerfabrikanten, die den in Berlin und Elberfeld-Barmen gültigen Tarif noch nicht anerkannt haben, wurde eine Aufforderung zur Anerkennung des Tarifs gesandt.

Juli.

Der Streik bei Lippold, Dresden, wird als aussichtslos aufgegeben. Die Kollegen werden gebeten, Materialien zu einer Geschichte der Sattlerorganisation einzutragen. Die Ansichten der Militäressellensattlerfabrikanten auf das im vorigen Monat überstandene Schriftstück werden veröffentlicht.

August.

Die Militäressellensattlerfabrikanten werden zu einer gemeinsamen Konferenz eingeladen.

September.

Die Urabstimmung über Erhöhung der Beiträge und Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird abgeschrieben und soll vom 28. September bis 12. Oktober vorgenommen werden. Die Antworten der Fabrikanten auf die Einladung zur Konferenz werden veröffentlicht.

Oktober.

Die zur gemeinsamen Konferenz gestellten Anträge werden veröffentlicht. Die Konferenz soll am 7. Oktober zusammen treten. Der durch die Fabrikanten verabschiedete Verlauf dieser Tagung kommt den Kollegen bekannt. Sait der geplanten gemeinsamen Konferenz tagten nur getrennte Konferenzen der Arbeiter und Arbeitgeber. Die Erhöhung der Beiträge wird mit großer Mehrheit angenommen; die Arbeitslosenunterstützung, aber die gleichzeitig abgestimmte, hand nicht die ausreichende Stimmenzahl.

November.

Die auf Militärarbeit beschäftigten Kollegen werden gebeten, Material für die geplante Denkschrift über die Lage der Militäressellensattler zu liefern. Es wird der Vorschlag gemacht, „Wandende Bibliotheken“ einzurichten.

Dezember.

Das Bestreben der Berliner Sattlerinnung, die Ortskrankenkasse zu vernichten und dafür eine Innungskrankenkasse ins Leben zu rufen, gewinnt durch den veröffentlichten Brief des Herrn Obermeisters seine Gestalt. Die neuen Marken: Beitragsmarke à 25 Pf., Marke „Arbeitslos“ und Marke „Krank“ werden ausgegeben.

Der Kreislauf des Jahres beginnt von Neuem.

Eine Einigungs-Konferenz

zwischen dem Verband der Buchbinder und dem Verband der Portefeuillier, zu der auch unser Verband eingeladen war, tagte am 30. Dezember 1901 in Frankfurt a. M. Der Buchbinderverband hatte seiner Zeit gegen den Anschluß des Portefeuillerverbandes an die Generalkommision protestiert, und der Gewerkschaftsausschuß in Hamburg hatte die Regelung der Angelegenheit in einer Konferenz beschlossen.

Da von unseren Vertretern, den Kollegen Breun und Wurm-Offenbach, bisher ein Bericht über den Verlauf der Konferenz nicht eingelaufen ist, so können wir nach der „Portefeuiller-Zeitung“ berichten, daß unsere Vertreter, was auch den Ansichten der Verbandsleitung entspricht, für die Anerkennung des Portefeuillerverbandes eingetreten sind. Man einigte sich denn auch auf folgende Erklärung:

Die Vertreter des deutschen Buchbinderverbandes erklären, dahin wirken zu wollen, daß der Protest gegen einen Anschluß des Portefeuillerverbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit dem Moment zurückgezogen wird, wo der Portefeuillerverband sein Statut in der Weise ändert, daß nur noch Portefeuilller und Bedergalantriearbeiter und Arbeiterinnen in den Verband aufgenommen werden, alle übrigen bis jetzt mit einbezogenen Branchen nicht mehr beim Portefeuillerverband Anschluß finden können.

Die Vertreter des deutschen Buchbinderverbandes erklären ferner, darauf ihr Bemühen zu richten, daß letzterer Verband von der Zeit des Inkrafttretens des nach der eben angeführten Bedingung abgedeckten Statuts des Portefeuillerverbandes — was spätestens am 1. Juli 1902 erfolgen soll — die Agitation unter den Portefeuillern einstellt und daß der nächsten zur Änderung der statutarischen Bestimmungen geeigneten Urabstimmung oder Generalversammlung (Verbandsstag) des Verbandes im Antrag auf Streichung der Portefeuillen aus den in § 1 des Statuts als zum Verband zugelassenen Branchen unterbreitet wird.

Für den Fall, daß eine Einigung auf Grund der vorstehenden Bedingungen seitens des Verbandes der Portefeuillen nicht zu schaffen gesucht wird, muß der deutsche Buchbinderverband den Portefeuillerverband auch ferner als Konkurrenzorganisation betrachten und fernere Maßnahmen dementsprechend treffen.

Im Falle einer Verständigung auf oben angegebener Grundlage verpflichten sich die beiden Vorstände der genannten Verbände, bei Ausbruch von Lohnbewegungen, bei welchen Angehörige der Branchen, die bisher in beiden Verbänden vertreten sind, in Betracht kommen, sich gegenseitig orientierende Mitteilungen zu machen, um zu vermeiden, daß in Folge ungünstiger oder ganz fehlender Verständigungen von der einen oder der anderen Seite fördern in die notwendigen Unternehmungen eingegriffen wird. Bei Streiks oder Aussperrungen verpflichten sich die beiden Verbände jedoch nur insofern zur Beschaffung finanzieller Unterstützung, als Mitglieder des eigenen Verbandes dabei in Betracht kommen, d. h. direkt daran beteiligt sind.

Der Vorstand des Portefeuillerverbandes hat bereits eine Urabstimmung angeordnet, um die oben angeführte Umänderung des Statutes vorzunehmen.

Die Krankenversicherung der selbstständigen Hausgewerbetreibenden in Berlin.

Mit dem neuen Jahre ist das am 7. Oktober v. J. erlassene Ortsstatut in Kraft getreten, nach welchem selbstständige Gewerbetreibende, die in eigenen, im Berliner Gemeindebezirk (also nicht in den Vororten) belegenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden, der Krankenversicherungspflicht unterworfen werden. Da in den beteiligten Kreisen über die Bestimmungen des Ortsstatuts, zum Theil jedenfalls wegen der wenig verständlichen Form der Bekanntmachung des Magistrats, noch große Unklarheit herrscht, so glauben wir auf sie an dieser Stelle noch einmal besonders hinzuweisen zu sollen.

Ausgenommen von der Versicherungspflicht sind diejenigen Hausgewerbetreibenden, die zur Gewerbesteuervoranlagt sind, und diejenigen, deren Beschäftigung als Hausgewerbetreibende im Voraus durch den Arbeitsvertrag auf den Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist. Durch diese Bestimmung sollen diejenigen bereit bleiben, die nur aufnahmeweise oder vorübergehend im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden in ihrer eigenen Betriebsstätte arbeiten oder arbeiten lassen.

Die versicherungspflichtig gewordenen Personen sind Mitglieder derjenigen Orts-, Betriebs- oder Innungsklasse, welche für den Betrieb des Arbeitgebers zuständig ist. Versicherungspflichtig sind, wie besonders betont werden mag, auch diejenigen Hausgewerbetreibenden, die die Roh- oder Hilfsstoffe für die Arbeiten, mit denen sie beschäftigt sind, selbst beschaffen.

Die der Versicherungspflicht unterworfenen Hausgewerbetreibenden müssen bei der Kasse, der sie beitreten müssen, angemeldet und, wenn sie aus der Versicherungspflicht ausscheiden, abgemeldet werden, und zwar durch ihren unmittelbaren Arbeitgeber. Als solcher gilt derjenige Gewerbetreibende, von dem der Versicherungspflichtige die Arbeit erhalten hat, also entweder der Inhaber des Geschäfts, wenn er dem Versicherungspflichtigen die Arbeit unmittelbar überträgt, oder die Zwischenperson, die die Beschäftigung der Hausgewerbetreibenden vermittelt, d. h. der Zwischenmeister, Ausgeber, Hafitor usw. Wenn der unmittelbare Arbeitgeber selbst Hausgewerbetreibender und somit versicherungspflichtig ist, oder wenn er lediglich als Zwischenperson fungiert und nicht selbst mit-

arbeitet, so muß er bei der Anmeldung der versicherungspflichtigen Personen auch Namen oder Firma, sowie die Wohnung dessen angeben, für dessen Geschäftsbetrieb er die angemeldeten Personen beschäftigt.

Wenn demnach ein Geschäft Arbeiten ausgibt an selbstständige Gewerbetreibende, die durch das Ortsstatut versicherungspflichtig geworden sind, so muß sein Inhaber die An- und Abmeldung dieser Gewerbetreibenden besorgen. Bringt der Gewerbetreibende, der die Arbeiten übernommen hat, seinerseits die Arbeiten ganz oder teilweise wieder an selbstständige Gewerbetreibende, so muß er die An- und Abmeldung vornehmen. Gibt ein Geschäft Arbeiten nur an Zwischenpersonen, die nicht selbst Hausgewerbetreibende sind, so sind diese zur An- und Abmeldung derjenigen verpflichtet, denen sie die Arbeiten weiter übertragen.

Die Beiträge entfallen bei der Krankenversicherung bekanntlich zu zwei Dritteln auf die Versicherten, zu einem Drittel auf die Arbeitgeber. Grundsätzlich sind die Beiträge an den Arbeitgeber zu zahlen, für dessen Geschäftsbetrieb oder in dessen Auftrage sie hergestellt werden. Nur diejenige Gewerbetreibende, die selber der Versicherungspflicht nicht unterliegen, weil sie zur Gewerbesteuervoranlagt sind, müssen, auch wenn sie für ein Geschäft arbeiten, die Beiträge zur Krankenversicherung selbst zahlen.

Die Gewerbetreibenden, welche die Arbeit vergeben und die Beiträge für die von ihnen mittelbar oder unmittelbar beschäftigten Personen gezahlt haben, können sich zwei Drittel von den Hausgewerbetreibenden oder, wenn sie sich einer oder mehrerer Zwischenpersonen bedienen, von diesen erhalten lassen. Die Zwischenpersonen haben das Recht, diese zwei Drittel wieder von den versicherungspflichtigen Personen einzuziehen.

Eine praktische Schwierigkeit wird sich ergeben, wenn Hausgewerbetreibende bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt sind und für diese verschiedene Kassen zuständig sind. Es ist bestimmt, daß dann die Beschäftigung maßgebend sein soll, die zuerst begonnen hat. Wenn dabei Meinungsverschiedenheiten sich ergeben, so wird man gut thun, sofort die Entscheidung der Gewerbedeputation anzurufen.

Die christlichen Gewerkschaften.

Die Allgemeine deutsche Gärtnerzeitung hat sich in ihren letzten Nummern bemüht, ihre Leser, Mitglieder des Allgemeinen deutschen Gärtner-Ver eins, in das „Gewerkschaftsproblem“ einzuführen. Sie bringt zunächst einen ausführlichen Artikel über die Verbände aus der Feder von Paul Umbert, der sich mit dem von uns veröffentlichten Bericht der Generalkommission deckt. Dann berichtet J. Giesberts, Redakteur der Mittheilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands über „die christlichen Gewerkschaften und ihre Organisation“. Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß wir der konfessionellen Scheidung der gewerkschaftlichen Arbeitbewegung nicht zustimmen können, daß wir daher christliche Gewerkschaften für überflüssig halten. Trotzdem wird es unsere Leser interessieren, über den Umfang und die inneren Errichtungen der christlichen Gewerkschaften Näheres zu erfahren. Giesberts berichtet:

Die christlichen Gewerkschaften und ihre Organisation.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich erst in jüngster Zeit als selbstständige Gewerkschaftsrichtung neben den bestehenden freien und Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften gebildet. Als Gründe für diese Separation von den bestehenden Organisationen wird von den Leitern derselben angegeben, daß die Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften zu wenig Energie und Thatkraft bezeugen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der freiheitlichen Gestaltung des Arbeitsvertrages und die freien Gewerkschaften dagegen zu klassenkämpferisch gesehnt seien und mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen zu sehr politische (sozialdemokratische) und antireligiöse Tendenzen verquellen. Es kann hier nicht untersucht werden, inwiefern diese Vorwürfe berechtigt sind. Thatsache ist, daß von einzelnen Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften die bezeichneten Nebenstände selbst zugegeben werden, wie besonders die Opposition im Düsseldorfer Bezirk beweist. Thatsache ist ferner, daß auch einzelne Führer der freien Gewerkschaften des Oestern die parteipolitischen und anti-religiösen Bestrebungen innerhalb der freien Gewerkschaften getadelt haben, ohne damit allerdings auf die Allgemeinheit der freien Gewerkschaften eine nachhaltige Wirkung zu erzielen. Da die genannten Erscheinungen sich besonders im dem konfessionell und politisch zerstrittenen industriellen Rheinland und Westfalen zeigten, so ist es leicht erklärlich, daß es dort zuerst zur Gründung von christlichen Gewerkschaften kam — seitdem der Organisationsgedanke mit einer gewissen elementaren Gewalt auch die religiöse geprägten Arbeiter erschien.

Die christlichen Gewerkschaften stellen sich zwar programmatisch „auf dem Boden des Christentums“, sind aber deshalb keineswegs religiöse Korporationen; vielmehr rein wirtschaftliche Vereinigungen. Das Wort „christlich“ und der Satz „auf dem Boden des Christentums“ soll nach Erklärungen der Führer nichts anderes bedeuten, als daß die Gewerkschaft in der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben sich an die christliche Moral und Sittengesetz gebunden erachtet, abweichend von den Bestrebungen des „Materialismus“

hervortritt. Im Übrigen empfiehlt er eine tüchtige gemeinsame Agitation, denn die Hauptstädte wäre, daß niemand überhaupt organisiert ist. Die Minorität könnte sich ja der Majorität anschließen, also die Sattler den Tapezierern oder auch umgekehrt. Von der Gründung von Filialen in kleineren Orten möchte man Abstand nehmen, damit nicht der Hauptstadt unnötige Kosten auferlegt würden. Das Vertrauensmännerystem sei entschieden vorzuziehen. Hierauf spricht Schüze über die Notwendigkeit eines Zusammengehens und erwähnt daran, daß es schon lange unser Bestreben gewesen ist, eine Einigkeit herbeizuführen, aber es sei immer an den Tapezierern gescheitert. Unsere letzte Generalversammlung habe dem Antrage des Koll Schmidt, welcher besagte, in ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit den Tapezierern einzutreten, einstimmig zugestimmt. Betreffender Kollege habe versprochen, auf der Generalversammlung in Nürnberg Propaganda dafür machen zu wollen. Schüze fragt daher Koll Becker, was daselbst in dieser Sache geschehen ist. Eine Verschmelzung hält auch er für unmöglich, da es nicht der große Haufe der Organisation ausmacht. Man müsse unbedingt den Kollegen in den Provinzialstädten die Möglichkeit geben, eine Filiale gründen zu können, damit sie durch Versammlungen und Vorträgen mit unseren Zielen besser vertraut werden und dadurch dem Verband erhalten bleiben. Redner bittet, man möge sich darüber aussprechen, ob man Einrichtungen gleich den Holz- und Metallarbeitern treffen will, oder ob wir es so handhaben wollen, wie wir es mit unseren Bruderorganisationen in Skandinavien, Österreich und der Schweiz vereinbart haben. Die Ausführungen von den Kollegen Kärcher und Wind, die von den Sattlerfilialen Mannheim und Stuttgart delegiert waren, decken sich mit denen von Schüze. Wind meint noch: Die Agitationskosten sollen gemeinschaftlich getragen werden und die Zeitungen sollen von beiden Verbänden gestellt werden. Kollege Senningham tritt für gemeinsame Filialen ein. Es sprechen noch verschiedene Kollegen. Man ist im Allgemeinen der Ansicht, daß es am einfachsten ist, wenn sich die Minorität der Majorität anschließt. — Kollege Becker wünscht noch, man möge die Sache von Fall zu Fall entscheiden. Die gemeinsame Agitation geschehe ja heute schon, ebenfalls die Beschaffung der Zeitungen. Ferner solle man die noch viel notwendigere Agitation in den großen Städten nicht vergessen. Von einer Seite wird noch gewünscht, man möge doch die ganze Sache den Generalversammlungen überlassen. Schüze wendet sich energisch dagegen, da dieses nur geeignet sei, die ganze Sache zu verschleppen. Wir müssen schon jetzt uns an Zentralvorständen eine gewisse Direktion geben, damit dieses bis zu den Generalversammlungen klar ist und nur einer Beschlussfassung bedarf. — Hierauf wird vom Vorstande folgende Resolution eingebracht:

Die heutige Gaufkonferenz der Tapezierer, an welcher auch Sattler teilnehmen, erklärt: Eine gemeinsame Agitation der Sattler und Tapezierer ist an denjenigen Orten, wo es der einzelnen Organisation nicht möglich ist, keinen Fuß zu fassen, notwendig. Die Konferenz beschließt sich, überall zu suchen, die noch Indifferenteren den Organisationen auf den oben angegebenen Weg zu führen. Welcher Organisation die Betreffenden beitreten wollen, ist denselben freigestellt. Die Kosten der Agitation trägt jeweils die Organisation, der die Betreffenden beitreten.

Auf Antrag Schüze und Kärcher erfolgt nachstehender Zusatz:

Die Gaufkonferenz erachtet die Zentralvorstände der Tapezierer und Sattler, für ihre nächstjährigen Generalversammlungen Schritte einzuleiten zur Abnahme eines Kartellvertrags.

Selbiges wird einstimmig angenommen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. Am Sonntag, den 5. Januar, fand eine öffentliche Militärlarbeiter-Versammlung statt, die sich mit dem Ablauf des Tarifvertrages beschäftigte. Der allgemeine Abzug, von dem die Rede war, ist bisher nicht eingeführt worden. Die Versammlung beschloß auf Vorschlag der Lohnkommission, das Gewerbegerecht anzurufen mit dem Erfordernis, die Fabrikanten einzuladen zu einer Verhandlung zwecks Verlängerung des abgelaufenen Tarifs auf ein Jahr. Als Vertreter vor dem Einigungsamt wurden Niedel, Hadelbusch, Gassenbach und Draband bestimmt. Ferner beschloß die Versammlung, daß die Heilmarbeiter der Firma Hoffmann, welche sich seither geweigert hatten, zu herabgesetzten Preisen zu arbeiten, die betreffenden Arbeiten unter Vorbehalt der tarifmäßigen Löhne verrichten dürfen bis zur Entscheidung des Einigungsamtes. Die Aufrufung des Gewerbegerichts ist bereits erfolgt.

Aus dem Auslande.

Die Trades Unions in England im Jahre 1900.

Soeben ist der 18. Jahresbericht des britischen Arbeitsamtes über die Gewerkschaften Großbritanniens im Jahre 1900 erschienen. Derselbe gibt Auskunft über die Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1892—1900.

1. Mitgliederzahl aller Gewerkschaften.

Die Zahl der Gewerkschaften ist im ständigen Rückgang begriffen. Von 1810 im Jahre 1898 und 1802 im Jahre 1899 ist

sie im Berichtsjahr auf 1272 gesunken. Dagegen ist die Mitgliederzahl im langsamsten Aufsteigen; sie betrug 1898: 1 649 231, 1899: 1 800 869 und 1900: 1 905 116. Die Zunahme ist absolut ebenso stark, wie die der deutschen Gewerkschaften im gleichen Jahre; nur haben die englischen Gewerkschaften die zweite Million der Mitgliederzahl nahezu erreicht, während die unsrigen die erste kaum überschritten haben. Indes macht bei uns die Verbandskooperation raschere Fortschritte. Schon dunkt es uns eine verhängnisvolle Zerplätzung, daß wir zwei verschiedene Bergarbeiterorganisationen haben. Die englischen Bergarbeiter leisten sich nicht weniger als 59 Gewerkschaften mit 501 290 Mitgliedern, die allerdings 56 p.C. ihrer Bergarbeiter umfassen. Der obige Rückgang der Unions zeigt, daß es aber auch hierin allmählich besser wird.

Die bekannte Entscheidung der Lordrichter in Sachen der Taffelbahnen wird auf die Organisationsformen der Trades Unions nicht ohne Einfluß bleiben. Die Meinung ist vorherrschend, daß strikte Zentralisation durchaus nötig sei, um unüberlegten Handlungen einzelner Mitglieder vorbeugen zu können. Ist die ganze Gewerkschaft oder die ganze Föderation mit ihren Kassen verantwortlich, so dürfe die Gewerkschaft nur kollektiv und nach reiflicher Überlegung handeln.

Die meisten Organisationen wetten außer dem Bergbau, das Baugewerbe, die Textilindustrie, Maschinen- und Metallindustrien auf, die allein 69 p.C. aller organisierten Arbeiter umfassen.

Die prozentuale Zunahme an Mitgliedern seit dem Jahre 1899 ist 8,8 p.C.; sie ist etwas höher in den kleineren und niedrigeren in den höheren Gewerkschaften, wie die nachfolgende Tabelle, die 100 der größten Gewerkschaften den übrigen gegenüberstellt, erkennen läßt.

Jahr	100 Hauptgewerkschaften		Die übrigen Gewerkschaften		Insgesamt	
	Bu-sammen	Zunahme p.C.	Bu-sammen	Zunahme p.C.	Bu-sammen	Zunahme p.C.
1892	904399	—	597959	—	1502358	—
1893	908957	+ 0,8	570480	+ 4,6	1479417	-1,5
1894	922605	+ 1,5	513695	-10,0	1436300	-2,9
1895	914492	- 0,9	493344	+ 4,0	1407836	-2,0
1896	981143	+ 5,1	633272	+ 8,1	1494465	+ 6,2
1897	1064455	+ 10,7	549543	+ 3,1	1613998	+ 8,0
1898	1042847	- 2,9	605885	+ 10,3	1648732	+ 2,2
1899	1117443	+ 7,8	683426	+ 11,8	1800869	+ 9,2
1900	1158909	+ 3,7	746207	+ 9,2	1905116	+ 5,8

Diese Tabelle zeigt zugleich, daß die englischen Gewerkschaften von 1892—1896 einen steigenden Mitgliederzurückgang aufwiesen, der die Schuld daran trägt, daß in den neun Jahren der Statistik die Gesamtzunahme nur etwa 400 000 betrug. Von den 1272 Unions unterstanden 609 registrierte mit 1 498 582 Mitgliedern der Trades Unions-Alte.

Die Einnahmen und Ausgaben der bedeutendsten Gewerkschaften werden alljährlich nur von 100 derselben ermittelt. Es sind dieselben 100, deren Mitgliederzahl in der ersten Tabelle ersichtlich ist. Die nachstehende Übersicht läßt trotz des Schwankens

Jahr	Einnahme *)		Ausgabe *)		Kassenbestand *)	
	Betrag	Pro Mitglied	Betrag	Pro Mitglied	Betrag	Pro Mitglied
1892	951.3087	sh d	941.701	sh d	951.3087	sh d
1893	1629362	32 7	1868449	41 1	1380702	30 4
1894	1636298	35 5	1436533	31 1	1580467	34 3
1895	1561717	34 1	1394598	30 6	1747591	38 2
1896	1676726	34 10	1236973	25 8	2187304	45 6
1897	1983633	37 3	1898955	35 8	2272012	42 8
1898	1910900	86 9	1493375	28 7	2697827	51 8
1899	1865477	33 4	1280608	22 11	8282556	58 9
1900	1974611	34 1	1590582	25 8	3766625	65 0

der Einnahmen und Ausgaben während der letzten Jahre ein entchiedene Aufwärtsbewegung erkennen. Auch an den Finanzen der englischen Gewerkschaften sind die Prospektjahre nicht spurlos vorübergegangen.

Die Jahreseinnahme pro 1900 weist 40 880 795 Mr. (gegen 88 149 000 Mr. im Jahre 1899), die Ausgabe 80 482 403 Mr. (gegen 26 198 484 Mr. im Jahre 1899), der Kassenbestand 77 027 481 Mr. (gegen 67 129 188 Mr. im Jahre 1899) auf.

*) 1 Mr. (20,45 Mr.) = 20 Schilling & 12 Pence (d).

Es sei indeß bemerkt, daß die außerordentlich hohe Einnahme des Jahres 1897 in die Zeit des großen Maschinenbauerausstandes fällt, der die Gewerkschaften zu besonderen Kraftleistungen ansporente.

Ein Blick auf die Art der Ausgaben belehrt uns, daß die englischen Gewerkschaften den weitaus größten Theil ihrer Mittel den Unterstützungszielen zuwenden, wie Pensionen an Kranke, Invaliden, Altersschwache und Arbeitslose. Im Jahre 1900 entfielen auf diese Art von Ausgaben 19 794 587 Mr. (im Jahre 1899 nur 17 077 936 Mr.), gegenüber 3 078 289 Mr. für Streikunterstützung und 7 627 155 Mr. für Verwaltung. Auf die Jahre 1892 bis 1900 verteilen sich diese Ausgaben wie folgt:

Jahr	Für industrielle Kämpfe		Unterstützungen		Verwaltung	
	Betrag	pct. der Aus- gaben	Betrag	pct. der Aus- gaben	Betrag	pct. der Aus- gaben
Qtrl.	Qtrl.	Qtrl.	Qtrl.	Qtrl.	Qtrl.	Qtrl.
1892	389948	27,2	787180	55,0	254573	17,8
1893	588373	31,5	1021656	54,7	258320	13,8
1894	136293	11,6	991089	69,0	279151	19,4
1895	196684	14,1	944004	67,7	253905	18,2
1896	171100	13,8	792662	64,1	273221	22,1
1897	683347	33,3	950590	50,1	315018	16,6
1898	313430	21,0	872961	58,4	306984	20,6
1899	190028	9,4	835058	65,2	825522	25,0
1900	150283	10,1	967333	64,9	372966	25,0
Jahres- durch- schnitt	303276	20,2	906948	60,3	293296	19,5

Das Unterstützungswohl behauptet seit 1894 annähernd denselben Umfang; nur in den beiden außerordentlichen Kampfjahren 1897/98 mußte es der Streikunterstützung weichen, während die Verwaltungskosten stetig wachsen. Diese Ausgabenvertheilung zeigt ein Bild gesicherter Wirtschaftsverhältnisse, nur ab und zu durch größere Kämpfe unterbrochen, die dann gleich riesenhafte Dimensionen annehmen. Im Gesamtbüro Schnitt obiger Jahre beansprucht die Streikunterstützung und die Verwaltung je ein Fünftel der Ausgaben; der Rest wurde durch die verschiedenen Unterstützungen absorbiert. — Das ist jedoch nur die Finanzlage der größeren Gewerkschaften. In den übrigen wird sich das Ausgabenverhältnis mehr dem der deutschen Gewerkschaften nähern.

Ein kapitalistisches Blatt, die "Morning Post", erblickt in den Gewerkschaften eine Gefahr für das Land, da sie "vermöge ihrer großen Masse im Stande seien, gewandte aber gewissenlose Agitatoren zu halten, die durch ihre Tätigkeit den Verbänden eine Bedeutung verschaffen, die nicht in dem Verhältnis zu ihrer Kapitallage stände." — Man sieht, man arbeitet mit denselben Verdächtigungen, wie bei uns.

Ein anderes englisches Blatt hebt hervor, daß die englischen Gewerksvereine eine verhängnisvolle Gleichheit der Leute ohne Rücksicht auf die Leistungen anstrebe.

Daraus ist zu erkennen, daß die von deutschen Unternehmern wegen ihrer Streikantipathien und ihrer Gleichgültigkeit gegen den Sozialismus belobten Trades Unions von ihrer heimischen Kapitalistenprässe nicht besser behandelt werden als unsere Gewerkschaften von den Bued, Eille und übrigen Epigonen Stumm's. Es ist immer ein gutes Zeichen für die Gewerkschaften, wenn die Kapitalistenprässe über sie schimpft. Es beweist, daß man sie fürchtet und ihren Einfluß erkannt hat.

Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

Gehauktmachung.

Um pünktliche Einsendung der Abrechnung für das IV. Quartal wird diesmal ganz besonders gebeten, damit der Jahresbericht rechtzeitig gebracht werden kann.

Als "Eingesandt an die Hauptkasse" darf nur dasjenige Geld auf der Abrechnung angeführt werden, das bis zum 15. Januar abgeglichen ist. Am 16. Januar schließt die Hauptkasse ihre Bücher und wird das nachher eintlaufende Geld für das I. Quartal gebucht. Wenn in dieser Hinsicht Hauptkasse und Abrechnung nicht übereinstimmen, wird die Abrechnung entsprechend umgeändert.

Wenn der vorhandene Kassenbestand am Quartalsabschluß mehr als 20 Mr. beträgt, ist er an die Hauptkasse einzufinden: hierauf machen wir einige kleine Verwaltungsstellen ganz besonders aufmerksam.

Im vorigen Quartal haben das für örtliche Ausgaben auftretende Drittel überschritten:

Berlin V um	15,42 Mr.
I. Du. um	25,90 "
II. Du.	23,15 "
VI um	6,45 "
Bremen	2,74 "
Breslau	5,62 "
Dessau	6,42 "
Dresden	5,25 "
Eisleben	11,40 "
Dölitz	1,48 "
Neutingen	9,74 "
Stuttgart	17,11 "

Den Agitationsteams stehen für das 4. Quartal 1901 folgende Beträge zu:

Brandenburg	301,80 Mr.
Preußens	8,90 "
Schlesien	4,50 "
Pommern	57,70 "
Schleswig-Holstein	38,60 "
Sachsen (Provinz)	10,20 "
Hannover (Nord)	16,80 "
(Süd)	26,20 "
Rheinland	21,80 "
Westphalen	48,60 "
Bayern (Nord)	60,90 "
(Süd)	67,10 "
Baden (Nord)	9,90 "
(Süd)	5,90 "
Hessen (Nord)	28,10 "
(Süd)	127,60 "
Pfalz	14,20 "
Württemberg	38,10 "

In Folge eines Druckfehlers wurde in der Abrechnung der vorigen Nummer der Mitgliederbestand um 1000 zu hoch angegeben.

Am Schluß des jetzt begonnenen Jahrganges der Sattler-Zeitung wird derselbe ein Inhaltsverzeichniß beigegeben werden. Wir bitten deshalb die Kollegen, die einzelnen Nummern aufzubewahren, damit sie am Jahresende den ganzen Jahrgang zusammenbinden oder zusammenleben können.

Der Vorstand.
J. A. Joh. Gaffenberg.

Abrechnung vom 26. Dezember 1901 bis 7. Januar 1902.

Einsendungen von Verwaltungsstellen:
Posen 4,50, Dortmund 20,—, Leipzig II 89,09, Potsdam 100,—, Bonn 12,—, Leipzig I 141,10 Mr. Summa 816,69 Mr.

Beträge von Einzelmitgliedern: A. Thiemer, Freiberg 2,40, R. Welzel-Salzwedel 3,20, W. Radloff-Springe 2,80, G. Boblmann-Stargard 2,20, B. Meyerhofer-Treuenbrietzen 2,—, R. Jenzel-Kubendorf 0,20, G. Räßle-Oberhenschwand 1,25, F. Friesel-Röbel 8,40, J. Leiner-Neu-Ruppin 1,60, A. Struve-Galbe 1,40, G. Meyer-Gneisen 1,40, F. Mischa-Bütow 1,20, L. Kretschmar-Bühlow 2,— (R. Kunert 5,20, S. Maas 5,20-Jehoe), U. Baumann-Darbendorf 1,60, Winkler-Neumünster 2,60, G. Magister-Diedersdorf 3,80, J. A. Anger-Schleiß 3,—, H. Elsner-Lübeck 2,20, G. Kujath-Jülich 2,—, W. Ritsche-Berloewasser 1,60, H. Herzog-Gelsenkirchen 3,— Mr. Summa 55,25 Mr.

Georg Standke, Hauptkassirer.
Berlin 80.
Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Folgende von Dresden ausgegebene Listen stehen noch aus, und wird um deren Einladung gebeten:
Kassel Nr. 160—169, Kölberg 276—280, Stettin 291—295, Posen 306—310, Oldenburg 311—315, Mainz 388—390, Königsberg 354—358, Reichenberg 366—370, Brünn 371—375, Neterien 376—380, Salzburg 401—405, Olau 406—410, Bielefeld 471 bis 475, Kölberg 486 und 490, Bromberg 491—495, Gorst 521 bis 525, Wien 588—548 und 195—209.

Quittung über bei mir eingegangene Gelder für die fränkischen Kollegen August Görner und Paul Böhme. Von den Kollegen der Werkstätten gingen ein: Hass & Höhne 15,—, G. v. Lipold 22,—, R. Häbnel 4,25, U. Schlotter 3,25, G. Lange 2,10, Stabilis 14,20, R. Häbnel 1,50, H. Hößlhorn & Co. —80, A. Hinkel 1,50, G. Endrelein 2,60, Fr. Drechsler 1,50, Kretschmar Nachf. 1,70, Ral. Arsenal 35,70, R. Greif 4,75, Gebr. Klinge, Böblau 18,25, R. Hainrichs 4,—, Jakobi, Walpurgisstraße 2,—, H. Gläser 4,10, Birnässischer Hof 1,50, Otto Härtel —50 Mark. Summa 141,10 Mark.

Max Bar. Geplikt: Otto Härtel, Hugo Gehrhardt.

Antrag zum Adressen-Verzeichniß.

Gotha II. Deutschnemann Otto Berthold, Nicolastr. 26, IV.

Zentral-Arbeitsnachweis d. Fattler für ganz Deutschland.

Nachfolgende Stellen konnten durch lokale Arbeitsnachweise nicht besetzt werden. Einige Rekurrenten mögen sich daher direkt an die angegebener Firmen wenden.

Arbeiter suchende Firma:	Anzahl der Arbeiter und Art der Arbeit:
Dresdener Fuhrwesen - Gesellschaft, Baugenerstr. 87.	1 perfekter älterer Wagensattler für dauernd auf Lohn.

Nach Annahme der Arbeit ist dem Zentral-Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen.

Wandernde Bibliotheken.

Die Verwaltungsstellen Berlin V und Hannover haben sich für Einführung dieser Neuerung ausgesprochen. Die übrigen Verwaltungsstellen werden gebeten, bald Stellung zu nehmen.

Bibliothek-Berichte liefern ein von Hannover und Ulmchen.

Mittheilungen der Agitations-Komitees.

Agitationsbezirk Rheinland - Westfalen. Den Filialen zur Nachricht, daß unsere nächste Konferenz am Sonntag, den 28. Februar 1902 in Mülheim (Ruhr) stattfindet. Die Konferenz beginnt um 11 Uhr vormittags, und zwar in dem Lokale des Herrn Archibaldes, Löhlstraße 16. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Agitationskomites. 2. Situationsbericht der Delegirten. 3. Organisation und Agitation. 4. Die Eintheilung des Verbundes in Gau. 5. Bestimmung des Vorortes.

Die Filialen werden ersucht, zu obengenannter Tagesordnung Stellung zu nehmen; jede Filiale erhält einen Delegirten. Die Kosten der Delegirten trägt jede Filiale selbst. Einzelmitglieder sind ebenfalls freundl. eingeladen, für die Kosten müssen diese selbst aufkommen. Anträge sowie Anmeldung der Delegirten müssen bis spätestens den 16. Februar bei dem Unterzeichneten eingelaufen sein.

Mit kollegialem Gruß:

Das Agitations-Komitee für Rheinland.
S. A.: Willy Germels,
Carnapstr. 9.

Elberfeld, den 25. Dezember 1901.

Essen. Am 14. Dezember v. J. fand eine von den Sattler- und Tapezierer-Verbänden einberufene öffentliche Versammlung statt, zu welcher wir auch die Herren Meister eingeladen hatten. Kollege Gassenbach sprach über das Thema: „Die Besetzung der Schmuggelfürkunft“. In der Diskussion wurde laut, daß hier im Hause ein Viehmarkt wäre, welcher seine Matrosen und Sophas von Gehilfen machen läßt und dann die Sachen zu einem Spottpreis verschleudert. Es sprachen die Kollegen Steinhaus und Clemenz ihr Bedauern aus, daß so wenig Berufsgenossen erschienen sind, und forderten die Kollegen auf, tüchtig zu agitieren, denn nur durch eine starke Organisation könnten bessere Zustände im Beruf herbeigeführt werden.

Halle a. S. Bei der am 8. Dezember vom hiesigen Gewerkschaftskreis veranstalteten Arbeitslosenzählung, welche von Haus zu Haus vorgenommen wurde, fanden sich unter 2600 Arbeitslosen 48 Fattler und Tapezierer. Nach Berufen geordnet standen wir in der Arbeitslosigkeit an sechster Stelle. An und für sich mag ja die Zahl der Arbeitslosen bei uns nicht so groß erscheinen. Wenn man abzüglich bedenkt, daß in den Zeiten der besten Geschäftskonjunktur höchstens 80-90 Tapezierer und 40-45 Sattler hier beschäftigt sind, so ergibt sich hieraus, daß mindestens ein Drittel sämtlicher Berufstypen arbeitslos ist, ungeachtet derer, welche bei abgeschwächter Arbeitszeit beschäftigt werden. Eine Anzahl unserer jüngeren Kollegen, welche in der Umgegend zu Hause sind und dadurch den arbeitslosen Winter überstehen, sind natürlich nicht in der Arbeitslosen-Ziffer einberechnet. Es ist doch etwas schönes für einen Sattlergehilfen, sich im Sommer für den horrenden Lohn von 5-6 Mk. pro Woche ausbeuteten zu lassen, und im Winter entweder die Landstraße zu brettern, oder seinen Eltern zur Last zu fallen. Kollegen! Wir rufen Euch deshalb zu: Erwacht aus Eurem Winterchlaf! Schüttelt Eure Trägheit ab! Tretet Mann für Mann in unseren Verband ein! Besucht fleißig und pünktlich die Versammlungen, in welchen über unser Wohl und Wehe beraten werden soll! Wenn wir nur einmal im Winter zur Arbeitslosigkeit verurtheilt sind, so sorgt doch wenigstens dafür, daß wir im Sommer so viel verdienen, um ein auskömmliches Dasein zu fristen. Keiner bleibe seiner Berufsgenossen fern, denn nur Einigkeit und das Zusammenfassen aller macht uns stark und geschickt.

Hamburg. Mitgliederversammlung der Filiale I am 4. Januar 1902. Die Abrechnung vom Unterhaltungsbabend ergab einen

Überschuz von 20,20 Mr. Kollege Münchhof sprach über die Vortheile des Einlaßkrenns durch die Zeitungskolportiere; hierzu sprachen einige Kollegen für und wider. Es wurde folgender von Münchhof einlaufender Antrag angenommen: „Bemühe, daß die Kolportiere Marken erhalten und Beiträge einlaßstreu“. Beim Punkt: Einführung eines Beitrages für die Volkskasse, kam es zu einer lebhaften Debatte zwischen den Kollegen Holzlämper, Hay, Flentje und Engelsber, und wurde ein Antrag angenommen.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission

sendet uns folgende Zuschrift:

Nach dem einstimmigen Beschuß der Delegirten der Gewerkschaftskommission am 19. Dezember findet am 2. Februar eine Arbeitslosenzählung von Haus zu Haus über Groß-Berlin statt. Es ist dazu notwendig, daß wir genau unterrichtet sind, wieviel Gewerkschaftsgenossen ihre Tätigkeit dabei entfalten wollen. Wir bitten Sie deshalb, in Ihrer nächsten Versammlung, welche baldigst stattfinden müßte, Umfrage zu halten, dabei Namen und Wohnung der Mitarbeiter festzustellen und uns diese bis Donnerstag, den 16. Januar, an welchem die Fortsetzung der Delegirtenversammlung stattfindet, einzuhändigen. Gleichzeitig ersuchen wir um Angabe mehrerer Lokale, davon mindestens eins im Norden und eins im Südosten Berlins, in welchem die Mitgliedertätigkeit sich am 26. Januar zwangsweise vorher einzufinden hätten. Die weitere Eintheilung wäre von den Gewerkschaftsvorständen resp. Delegirten nach Vorfrist vorzunehmen. Genossen, welche innerhalb der Partei ihre Tätigkeit entfalten, haben nur ihre Namen anzugeben, brauchen dagegen nicht vorher in diese Lokale zu gehen.

erner ersuchen wir, am 26. Januar und 2. Februar Form, keine Versammlungen anzuberufen, dagegen die Delegirten-Versammlung am 16. Januar im Gewerkschaftshause zu besuchen.“

Die geplante Arbeitslosenzählung ist bei der Ausdehnung und Einwohnerzahl von „Groß-Berlin“ mit sehr großen Schwierigkeiten verknüpft. Es gilt daher zu zeigen, daß die Berliner Arbeiterschaft im Stande ist, jeder Schwierigkeit Herr zu werden; um dieses zu können, muß jeder organisierte Arbeiter mithelfen. Wir bitten daher auch unsere Berliner Kollegen recht dringend, sich zur Verfügung zu stellen und in der nächsten Versammlung ihrer Filiale sich in die ausgelagerten Listen mit Namen und Wohnung einzuzuschreiben. Die beiden Lokale, in denen am 26. Januar die Besprechungen stattfinden sollen, werden von den Ortsvorständen festgemacht und bekannt gegeben werden.

Wenn bei dieser Gelegenheit jeder Berliner Arbeiter seine Pflicht tut, werden wir den herrschenden Klassen die vorhandene Arbeitslosigkeit nachweisen können, daß man eine Ablehnung nicht mehr wagen wird. Also thue ein jeder seine Pflicht.

Eingesandt.

Gleichzeitig wird am Kopfe unserer Zeitung darauf aufmerksam gemacht, daß Kollegen, welche nach einem anderen Ort reisen, sich erst bei dem dortigen Vertrauensmann über die jeweiligen Verhältnisse am Ort zu erkundigen haben, bevor sie Arbeit suchen oder annehmen.

Trotzdem ist es in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß organisierte Kollegen nach Berlin kamen, ohne sich auch nur im geringsten über die hiesigen Verhältnisse zu erkundigen; sonst müßten sie wissen, daß die Filiale III einen Arbeitsnachweis hat und daß offene Stellen nicht durch „Umschauen“, sondern durch den Arbeitsnachweis besetzt werden sollen.

So kam es in der letzten Zeit oft vor, daß anlässliche, darunter auch verheirathete Kollegen, welche noch dazu Arbeitslosenunterstützung bezogen hatten, mehrere Wochen ohne Arbeit blieben, während junge, zugereiste Kollegen gleich am ersten Tage durch Umschauen oder auch durch die Zeitungen Arbeit fanden.

Die Kollegen der Filiale Berlin III haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Arbeitsnachweis ganz in ihre Hand zu bekommen und haben, um das „Umschauen“ zu vermeiden, die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt. Wenn nun aber den arbeitslosen Berliner Kollegen die Arbeit von Zugereisten durch „Umschauen“ weggenommen wird, so hält es schwer, die Berliner von diesem Nebel abzuhalten.

Wir sehen uns daher veranlaßt, keinen Kollegen, der außerhalb des Arbeitsnachweises Arbeit sucht, in den Werkstätten zu dulden, gleich den „Steindruckern und Lithographen“, die es in ihrer Organisation ebenso machen.

Wir machen daher alle Täschner und Kossmacher darauf aufmerksam, daß sie sich in dem Arbeitsnachweis, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, anzumelden haben, wo ihnen der Reihe nach Arbeit vermittelt wird.

S. A.: G. Haenberger.

* * *

Die Reutlinger Kollegen hatten mal wieder das Bedürfnis, über den Kollegen Gassenbach herzufallen und denselben zum Beispiel vorzuwerfen. Sie benutzten dazu die Thatsache, daß ein uns vom Centralvorstand angefragter Referent kurz vor der Versammlung

wird hierdurch empfindlich beeinträchtigt, ja in manchen Fällen gänzlich lähm gelegt.

Aber in wie vielen deutschen Orten haben die organisierten Arbeiter mit gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen! Die Coburger Genossen sehen es als selbstverständlich an, daß „die gesamte deutsche Arbeiterschaft“ ihre Mittel zum Bau eines Gewerkschaftshauses in Coburg bereit stellt. Haben aber die Genossen in hunderten anderen Orten dann nicht dasselbe Recht? Dies lehrt aber auch zugleich, daß Mängel hierzu zur Verstärkung stehender Fonds, durch den Bau des einen oder anderen Gewerkschaftshauses die Saalfrage nicht gelöst werden kann.

Die paar Tausend Mark, die vielleicht schließlich als Grundstock für einen solchen Bau aufgebracht werden, genügen in der Regel nicht einmal, um den Grund und Boden aufzukaufen zu können.

Dann beginnt die Schwierigkeit der Beschaffung von Baugeldern und, wenn das Haus wirklich unter Dach und Fach kommt, von Hypothekengeldern, die, weil das Unternehmen schlecht fundiert ist, hoch verzinst werden müssen.

Unter den denkbaren ungünstigsten Bedingungen beginnt alsdann die Bewirtschaftung. Nicht immer ist der zur Bewirtschaftung eingesetzte Verwalter der richtige Mann am rechten Platz, denn ein guter Parteigenosse ist eben nicht zugleich in jedem Fall auch ein tüchtiger Geschäftsmann.

In vielen Fällen kommen dann die Scheerereien mit der Polizei hinzu, die Schankkonzession ganz zu versagen, oder frühe Polizeistunde anzusezen und dergleichen mehr, wie sich dies z. B. zur Goldene wieder in Breslau zeigt. Und wenn dies Alles noch ertragen wird, dann fehlt es zum Überfluss noch an der genügenden Unterstützung durch die Arbeiter selbst, zumal diese Unternehmen von vornherein in der Regel auf Zuspruch aus bürgerlichen Kreisen verzichten müssen.

Dann tritt der Krach ein, die Gelder der Arbeiter und Gewerkschaften gehen verloren. Oder es geht so wie in Pforzheim, wo 275 Parteigenossen, die mit einer Brauerei einen Beitrag befreit Haus und Betrieb eines Gewerkschaftshauses abgeschlossen hatten, von derselben auf Zahlung von vorläufig je 57 Mark verklagt worden sind, um das Vestigat für die bisherige Dauer der Bewirtschaftung zu decken; dabei läuft der Vertrag noch 6 Jahre.

In allen solchen Fällen ist alsdann ein weit größerer Rückslag auf die gewerkschaftliche und politische Bewegung zu verzeichnen, als dies durch einen zeitweiligen Mangel geeigneter Vermögenslokale eintreten kann.

Möge dies allseits beherzigt werden.

X.
Wir können uns dieser Ansicht vollständig anschließen. Auch an einzelne unserer Verwaltungsschulen sind, wie uns mitgetheilt wurde, Sammelläden gesetzt worden; wir halten es fürs richtige, dieselben unbedingt zu rückzusenden.

Allerlet.

Im Herzogtum Gotha ist ein Arbeitssekretariat ins Leben getreten, das durch Beiträge der Gewerkschaften und des Staates erhalten wird. Deshalb wird ebenfalls mancher Kämpfer der Gewerkschaften in Ohnmacht fallen. * In Altendorf-Essen wurde ein nichtsozialdemokratischer Arbeiter, der sich erkämpfte, in einer vom katholischen Volksverein in Essen einberufenen Brotwucher-Sitzung gegen die Betriebszölle zu sprechen, aus der Arbeit entlassen. Die unter Leitung des Kaplans Dr. J. Burg stehende „Essener Volksztg.“ brachte den genauen Namen, Wohnort und die Hausnummer des Agrarzessindes, und ein paar Tage später erhielt der „Freie“ von dem genehmigungsbürtigen Arbeitgeber die Entlassung. Kapitalist und Pfaffe mögen sich begraben lassen. * Die offenen Verkaufsstellen der Berliner Weberbranche werden künftig um 8 Uhr geschlossen. Die Mehrzahl der betreffenden Geschäftsführer hat sich in einer Abstimmung dafür erklärt, so daß das Polizeipräsidium den allgemeinen Schlaf um 8 Uhr anordnen konnte. * Auf der Koch'schen Schiffswerft in Rüdesheim wurden 700 Arbeiter ausgesperrt, weil sie gegen den Willen der Werksleitung einem verunglückten Mitarbeiter das letzte Geleit zum Friedhof ge-

geben hatten. Das wirkt besser als hundert Versammlungen. * Im letzten Rechenschaftsbericht der Meissner Innung zu Darmstadt befindet sich folgende ebenfalls durch Sperrdruck hervorgehobene Stelle: „Leider müssen wir jedoch feststellen, daß die in Verfolg der sozialpolitischen Richtung des Arbeiterschutzes neu entstandenen Gesetze nicht dazu angehen sind, Fleiß und Unterordnung bei der gewerblichen Jugend zu pflegen. Es will uns bedenken, daß es ein schwerer Fehler ist, die jungen Leute an Ruhegebet, Sonntagsruhe oder gar feste Arbeitszeit zu gewöhnen, die doch, wenn sie selbstständig sind, Morgen früh und Abend später am Damm sein müssen, wenn sie in dem geschäftlichen Wettkampf stehen und ihr Lebensschiff nicht untergehen sehen wollen. Möge man an ihrer Stelle früh genug die Folgen einsehen, welche die zeitige Richtung mit sich bringt!“ Wie die Herren Schäflemeister „am Damm“ sind, kann man beobachten, wenn man in einer Markthallen-Restaurierung seine Plätzchen einnimmt. Auch auf den Kneipplätzen sollen sie häufig zu finden sein. * Im Wiener Jockey-Klub verlor ein polnischer Aristokrat in einigen Minuten 1 400 000 Kronen. Daß der Kerl so viel Geld los wurde, schadet ihm garnichts, man sieht aber, was sich einzelne Richtscher leisten können. * In Spanien kommt auf jeden 120 Einwohner, Säuglinge mit eingeschlossen, ein männlicher oder weiblicher Pfaffe.

Humoristisches.

Auf der Höhe der Zeit steht Amtsrichter Bornemann in Erfurt, der als Vorsitzender des dortigen Schöffengerichts in einer Urtheilsbegründung folgenden Satz zum Besten gab: „Es kommt jetzt leider oft vor, daß sich Geiseln und Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber erheben. Die Arbeiter sollten doch froh sein, wenn sie Arbeitgeber finden, die ihnen Arbeit geben.“

Die englische Königin Elisabeth antwortete auf die Frage ihres Kriegsministers, ob sie den Offizieren gestatten wolle, ausländische Orden anzunehmen. „Nein, ich pflege meine Schafe mit der eigenen Kreide zu zeichnen.“

Bücherschau.

In Freien Stunden, Illustrirte Romanbibliothek. Preis pro Hft 10 Pfsg.

Das erste Sammelheft bringt den Anfang zweier Romane, Der Bastard von Spindler und Im Banne der Dämonen von Maxine Görlt.

Brandis, Ferd. Dr. jur. Oberamtsrichter: Was der Handwerker vom Bürgerlichen Gesetzbuche, dem Handelsgesetzbuche und den einschlägigen Landesgesetzen wissen muß. Braunschweig 1901. Verlag von A. W. Gießfeld.

Der Verfasser gibt unter Berücksichtigung des Zweckes und in Hinsicht auf den Umfang seines Buches nur eine Darstellung der wichtigsten Bestimmungen unserer neuen Gesetze, eben deswegen, was der Handwerker zur Befolgung der gewöhnlichen Rechtsangelegenheiten wissen muß, um unnötige Mühe und Nachtheile zu vermeiden. Die Auswahl und mehr oder minder eingehende Behandlung der einzelnen Abschnitte entspricht dem Zweck des Buches. Von nicht zu unterschätzendem Wert ist die Darstellung der wichtigsten landeskirchlichen Vorschriften, deren Fortgelitung im Einführungssatz zum B. G. B. ausgeschlagen ist. Wir machen besonders auf die dem Buch beigefügten „Muster zu Rechtsgeschäften“ aufmerksam. Das Buch zeichnet sich im Gegensatz zu anderen ähnlichen Darstellungen durch leichte Verständlichkeit und Billigkeit aus; wir können somit die Aufschaffung des Buches unserem Leser mit empfehlen.

Fragekasten.

Welche Firma liefert gewebte Mopplatten sowie Holzreifen, Segelzink und Beschläge?

Briefkasten.

G. S. Ja, wenn sich die Kartelle mit politischen Angelegenheiten beschäftigen.

Anzeigen.

Verband der Baillier u. verw. Genossen.
Allianz Berlin.

Sonnabend, den 8. Februar 1902:

Großer Masken-Ball
mit Überraschungen
in den Gesamtträumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Ausgang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

N.B. Damit der Masken-Ball nicht wieder überfüllt wird, ersuchen wir, bis zum Sonnabend, den 1. Februar, abzurechnen. — Abendkasse findet nicht statt.

Das Vergnügungs-Comité.

Tüchtiger, energischer

Werksführer

für größere Taschenfabrik findet bei hohem Lohn dauernde Stellung. Offerten mit genauer Angabe bisheriger Tätigkeit eventuell Bezeugnisschriften an Rudolf Möller, Berlin SW, Jerusalemerstrasse 48, sub J. U. 768.

Weiß- und Bährisch-Bier-Lolal
Carl Leiterberg, Adalbertstr. 62

danach den Berliner Kollegen bestens empfohlen.

Jeden Sonnabend Jahrtolle der Fässner.
Frühstück-, Mittag- und Abendtisch.

Das Mitglied Joseph Pippeler, Buch-Nr. 12004, wird gebeten, seine Adresse an den Unterzeichneten einzutragen.

Hannover.

Max Thomas,
Brandstr. 7, II.

Glomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Wegkarte von Deutschland u. ang. Ländern, 356 Seiten ged. 1,20 M. Zu beziehen durch alle Buchhandl. oder gegen Gl. von 1,20 M. von

G. Glomke's Verlag Gießfeld.

Die Berliner Kollegen und ihre Damen treffen sich jeden Freitag Abend im Restaurant des Gewerkschaftshauses.

Berantwortlicher Redakteur: Joh. Gassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15. — Druck: Maurer & Dimmick, Berlin 8, Voitzen-Ufer 11.